



öffentlich

Betreff:

Bürgerbeteiligung zum Lustgarten

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 12.06.2015

Eingang 922: 15.06.2015

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
01.07.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wird nach Abschluss der Planungswerkstatt zum Lustgarten entscheiden, ob und wann eine Bürgerbefragung zur künftigen Gestaltung des Lustgartens durchgeführt wird.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit großem finanziellen und zeitlichen Aufwand ist in den vergangenen Monaten eine Planungswerkstatt zur künftigen Gestaltung des Lustgartens durchgeführt worden.

Das Verfahren war durch eine intensive Beteiligung von Architekten geprägt. Schwachpunkt ist die ursprünglich angestrebte Beteiligung der Potsdamerinnen und Potsdamer.

Das Verfahren erwies sich als ungeeignet, die Bürgerinnen und Bürger zu einer breiten Beteiligung anzuregen.

Es zeigte auch die Schwäche, dass sehr wohl im Verfahren vorgetragene und erfassbare Meinungsäußerungen von Bürgerinnen und Bürgern zum künftigen Umgang mit dem Gebäude des Hotels Mercure kaum bis gar nicht adäquat auswertbar wurden, da in dieser Hinsicht sieben gleichartige Entwürfe ohne Hotel nebeneinander gestellt worden sind. Damit war eine sinnvolle Erfassung der Bürgermeinung zu dieser Thematik eigentlich nicht mehr möglich, obwohl gerade diese Frage eine zentrale Rolle bei der Meinungsfindung spielen sollte.

Um bei einer Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung ein repräsentatives Meinungsbild der Potsdamer Bürgerinnen und Bürger einfließen zu lassen, sollte nach Vorlage des Masterplanes über die Durchführung einer Bürgerbefragung entschieden werden.